

**LANDEsarBEITskREIS CHRIStlICH-DEMOKRatisCHER JURISTEN (LACDJ)  
BADEN-WÜRtTEMBERG**

PRESSEMITTEILUNG

12.06.2023

**LACDJ BW: EU-Asylkompromiss ein erster richtiger Schritt**

Mit dem Kompromiss zur Ordnung und Begrenzung der Zuwanderung in die Europäische Union wurde nach Ansicht des Landesarbeitskreises christlich-demokratischer Juristen (LACDJ) der CDU Baden-Württemberg ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht.

Nach Zuwanderung von über einer Million Menschen in den letzten 12 Monaten nach Deutschland sind die Aufnahmekapazitäten in vielen Kommunen ausgeschöpft. Immer mehr Verantwortliche vor Ort bitten um Hilfe, weil sie die Aufgaben nicht mehr schaffen. Es fehle an Finanzmitteln, Personal und Wohnraum. Weiter könnten Personen, die kein Recht haben, in Deutschland zu sein, auch nicht zurückgeführt werden. Der Unmut in der Bevölkerung wächst. Nach Ansicht des LACDJ ist es sehr wichtig, dass die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Aufnahme von Verfolgten und zu helfen erhalten bleibt. Hierfür müsse die Einwanderung aber geordnet und begrenzt werden.

Mit dem EU-Asylkompromiss gibt es nun erstmals einen gesamteuropäischen Ansatz zur Steuerung der Migration in die EU. Durch die Asylverfahren an den EU-Außengrenzen könne zügig entschieden werden, ob jemand politisch verfolgt ist. Bei begrenzten Aufnahmemöglichkeiten müsse man stärker differenzieren zwischen denen, die wirklich politisch verfolgt sind und denen, die aus wirtschaftlichen Motiven einreisen wollen.

Problematisch sei allerdings, dass der Kompromiss bisher nur eine mehrheitliche politische Erklärung der Mitgliedstaaten ist. Bis dieser rechtlich umgesetzt wird, müssen die gesetzgeberischen Organe der EU dies noch erarbeiten und beschließen. Mit einer Umsetzung ist erst im Jahre 2024 zu rechnen. Bis dahin müssen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Recht eingehalten und umgesetzt wird. Dazu gehöre auch, dass es gelingt, diejenigen zurückzuführen, die kein Recht haben, hier zu sein, damit denen geholfen werden kann, die ein Recht darauf haben. Zudem müssen ökonomische Anreize gesenkt werden, damit sich Menschen nicht vergebens auf den gefährlichen Weg machen.

Weiter gebe es bisher auch noch keine Einigung für eine Verteilungsregelung innerhalb der EU. Auch diese müsse nach Ansicht des LACDJ gefunden werden.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*